



EUROPÄISCHE KOMMISSION
GD Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit

Lohnhallengespräch
Europa 2020 – Auswirkungen auf den Europäischen Sozialfond
1. Juli 2010, Bottrop

Kristin Schreiber
GD Beschäftigung, Europäische Kommission

Sehr geehrter Herr Brink,
sehr geehrter Herr Trimpop,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich danke Ihnen sehr herzlich für die Einladung zu diesem Lohnhallengespräch bei tropischen Temperaturen, die mir die Möglichkeit gibt, nach Wuppertal nun auch Bottrop etwas näher kennen zu lernen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, über die jüngsten Initiativen der Europäischen Kommission zur Bewältigung der gegenwärtigen Krise, unsere Vorschläge zur Wachstumsstrategie Europa2020 sowie die Rolle des ESF zu sprechen.

Im Jahr 2010 stehen wir vor enormen Herausforderungen. Durch die Krise sind die strukturellen Schwächen Europas offensichtlich geworden. Diese sind:

- ein niedrigeres Wachstumspotenzial,
- eine im Vergleich zu den USA oder Japan niedrige Produktivität,
- steigende Arbeitslosigkeit,
- die demographische Alterung,

- offene oder versteckte Armut bei einigen unserer Mitbürger, sowie
- ein immer begrenzterer finanzieller Spielraum der öffentlichen Haushalte.

Dabei werden die globalen Herausforderungen nicht weniger: Es gibt einen erhöhten Wettbewerbsdruck, nun auch von Seiten aufstrebender Volkswirtschaften wie China, Indien oder Brasilien, sowie die Schwierigkeiten, die globale Finanzwirtschaft zu regulieren. Zudem müssen Antworten auf den Klimawandel und die Ressourcenknappheit gefunden werden.

Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso hat die derzeitige Situation Europas prägnant auf den Punkt gebracht:

“Die Krise ist ein Weckruf...ein „Weiter so wie bisher“ würde uns in der neuen Weltordnung schrittweise in die Zweitrangigkeit zurückfallen lassen.”

Europa muss also wieder auf Kurs kommen: Auf kurze Sicht ist es unsere wichtigste Aufgabe, die Krise erfolgreich zu überwinden, aber unter Berücksichtigung einer langfristigen Vision, wo Europa im Jahre 2020 stehen sollte.

Wir dürfen keine Zeit verlieren, die Herausforderungen anzugehen!

Aus diesem Grund hat die Europäische Kommission am 3. März einen Vorschlag für die **Strategie Europa2020** vorgestellt. Wir wollen die Krise überwinden und die EU auf einen nachhaltigeren, dynamischeren Wachstumspfad führen.

Die **drei Prioritäten** der Strategie sind daher:

1. Intelligentes Wachstum: das heißt, die Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft.
2. Nachhaltiges Wachstum: sprich, die Förderung einer Ressourcen schonenden, umweltfreundlichen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft.
3. "Inklusives" Wachstum: das heißt, die Förderung einer beschäftigungsintensiven Wirtschaft mit starkem sozialen und territorialen Zusammenhalt.

Wichtig ist uns dabei, dass diese Prioritäten nicht unabhängig voneinander verfolgt, sondern zusammen, in einer integrierten Strategie angegangen werden.

Wir haben versucht, aus der Lissabonstrategie zu lernen deren Bilanz man als gemischt bezeichnen kann. Sie konnte dazu

beitragen, europaweit einen Konsens über notwendige Strukturreformen zu schaffen, war erfolgreich in der Reduzierung der strukturellen Arbeitslosigkeit und hat gerade in den Mitgliedstaaten, in denen der soziale Dialog weniger Tradition hat, die Einbindung der Sozialpartner in nationale Reformstrategien zu befördern. Andererseits hat sie den Interdependenzen zwischen Mitgliedstaaten und Politiken nicht genügend Rechnung getragen und sich in zu vielen Prioritäten und Unterprioritäten verzettelt.

Um den Schwerpunkten eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums näher zu kommen, haben wir **fünf EU-weite Kern-Ziele** vorgeschlagen:

1. den Anteil der Beschäftigten EU-weit von derzeit 69% auf 75% zu erhöhen,
2. den Anteil der Investitionen in Forschung und Entwicklung von derzeit 1,9% auf 3% des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen,
3. das Klimaziel 20/20/20 – das bedeutet eine 20-prozentige Treibhausgas-Reduktion (ausgehend vom Jahr 1990), ein 20-prozentiger Anteil erneuerbarer Energien sowie eine 20-prozentige Steigerung der Energieeffizienz,
4. die Verbesserung der Bildungsniveaus durch einerseits die Reduzierung der Schulabbrecherquoten von 15 auf 10% sowie

andererseits durch die Erhöhung des Anteils der Absolventen mit Hochschulabschluss von derzeit 31% auf mindestens 40%,
5. soziale Eingliederung durch eine Verringerung der Armut.

Wir wollen mit den Mitgliedstaaten darauf hin arbeiten, bis 2020 die Zahl derer, die armutsgefährdet sind, um 20 Millionen zu senken.

Damit diese EU-weiten Ziele überhaupt einen Sinn haben, müssen sie natürlich in nationale Ziele umgesetzt werden. Es liegt somit an den Mitgliedstaaten, sich ehrgeizige Ziele zu setzen, die der jeweiligen Situation des Landes angemessen sind. Wir erwarten, dass die Mitgliedstaaten ihre nationalen Aktionspläne im Oktober vorlegen.

Auf dem Juni-Gipfel haben die Staats- und Regierungschefs sich nun auf diese fünf von der Kommission vorgeschlagenen Ziele geeinigt. Wir haben uns besonders darüber gefreut, dass wir nun zum ersten Mal in der EU ein Ziel zur Verringerung von sozialer Ausgrenzung und Armut haben werden. Es misst sich an der Zahl der Menschen die armutsgefährdet sind, materielle Entbehrung erfahren oder in Haushalten leben, in denen niemand einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Die Kombination dieser drei verschiedenen Indikatoren soll der Vielschichtigkeit von Armut gerecht werden.

Wie schon gesagt, kann jeder Mitgliedstaat einiges für die Verwirklichung dieser Ziele tun, doch werden wir auch auf europäischer Ebene die Hände nicht in den Schoß legen. Die Europäische Kommission hat eine Reihe sogenannter **"Leitinitiativen" oder "Flagships"** vorgeschlagen. Im Bereich Beschäftigung, Bildung und Soziales werden dies die folgenden drei Initiativen sein:

- "Eine Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten",
- "Jugend in Bewegung"
- und "eine Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut".

1. Mit der "Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten" wollen wir die Voraussetzungen für die Modernisierung der Arbeitsmärkte schaffen. Wir wollen den Wandel des Arbeitsmarktes – der in den kommenden Jahrzehnten zwangsläufig geschehen wird – positiv unterstützen. Die Prognosen des Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung zeigen, dass zwischen heute und dem Jahre 2020 die Nachfrage nach hoch qualifizierten Personen um sechzehn Millionen steigen wird. Dagegen wird in der gleichen Zeitspanne die Nachfrage nach gering

qualifizierten Arbeitskräften voraussichtlich um rund zwölf Millionen sinken. Hier warten große Aufgaben auf die Mitgliedstaaten.

Allen Menschen im erwerbsfähigen Alter müssen durch **lebenslanges Lernen** neue Möglichkeiten eröffnet werden. Nur so können Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt besser aufeinander abgestimmt werden. Angebote für lebenslanges Lernen werden jedoch immer noch in erster Linie in Umbruchsphasen und überproportional von Arbeitnehmern genutzt, die bereits höher qualifiziert sind. Des Weiteren führt dies dazu, die **Arbeitsmobilität in der EU** zu erleichtern, die Anerkennung von Kompetenzen und Qualifikationen voranzutreiben und die Zusammenarbeit von Arbeitsmarkt-Institutionen über Staatsgrenzen hinweg zu fördern.

2. Bei der Initiative "Jugend in Bewegung" geht es darum, den Jugendlichen den Eintritt in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Zum Beispiel werden wir die Schul- und Ausbildungssysteme an die veränderten Qualifikationsanforderungen anpassen müssen. Und wir werden es uns in Zukunft nicht mehr erlauben können, einen so großen Anteil an jungen Menschen ohne qualifizierte Schul- und Berufsausbildung in die Zukunft zu schicken. Deshalb soll die Qualität der allgemeinen Bildung in der EU verbessert werden. Daneben gilt es insbesondere die Leistungsfähigkeit und die **internationale Attraktivität** der

Hochschulen zu steigern und die Mobilität der Studierenden und Auszubildenden zu fördern.

3. Die dritte Initiative wird die "Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut" sein. Aufbauend auf dem aktuellen "Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung" wollen wir den Austausch bewährter Verfahren, das Engagement öffentlicher und privater Träger und Programme zur sozialen Innovation fördern.

Die Rolle des ESF für die Europa2020 Strategie

Meine Damen und Herren, ich habe soeben auch von "Inklusivem Wachstum" gesprochen.

"Inklusives" oder "integratives Wachstum" – ich entschuldige mich für den EU-Jargon, aber sinnvolle deutsche Übersetzungen sind nicht immer leicht zu finden! - bedeutet vor allem:

- ein hohes Beschäftigungsniveau,
- Investitionen in Kompetenzen,
- die Bekämpfung der Armut,
- die Modernisierung der Arbeitsmärkte,

- die Modernisierung der allgemeinen und beruflichen Bildung,
- die Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme, sowie
- die Schaffung gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Aus unserer Sicht ist klar, dass dem **Europäischen Sozialfonds** eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der **Europa2020-Strategie** zukommen wird und er die Ziele der Strategie aktiv unterstützen muss.

Der europäische Mehrwert des ESF kann und sollte auf diese Weise weiter gesteigert werden. Zudem geht der Mehrwert des ESF darüber hinaus – er liegt neben der Verknüpfung von Politik und Haushalt auch darin begründet, dass die Mitgliedstaaten mehr und andere Begünstigte fördern oder neue Maßnahmen und Ansätze testen können. All dies soll der ESF auch in Zukunft tun.

Die Zukunft des ESF

Es gibt eine Reihe von Fragen, wie wir die Umsetzung des ESF weiter verbessern können:

- Wie können wir die Beiträge des ESF noch sichtbarer machen und noch besser kommunizieren?
- Wie können wir die Ergebnisse besser messen? Hier geht es um das Stichwort "*delivery system*", es geht um Vereinfachung, aber auch um die Erreichung von konkreten Ergebnissen und Outputs.
- Eine andere Frage ist die geografische Reichweite des ESF. Soll der ESF überhaupt in der ganzen EU zur Anwendung kommen?

Wir meinen ja.

Denn erstens geht es beim ESF um Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit und dies kann nicht nur für bestimmte Regionen gelten.

Zweitens sind Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung nicht nur Probleme armer Staaten und Regionen und deshalb nicht auf bestimmte Gebiete der EU begrenzt.

Allerdings sind die finanziellen Möglichkeiten der einzelnen Mitgliedstaaten zur Erreichung der Ziele der Europa2020-Strategie sehr unterschiedlich. Dies sollte auch bei der Höhe der Fördergelder für die Staaten zum Ausdruck kommen.

Auch sollte überlegt werden, ob wir einen einheitlichen Förderkatalog wollen oder wie bisher zwischen Konvergenzgebieten und den übrigen Gebieten unterscheiden. Entscheiden müssen wir, ob es allgemeine verpflichtende Schwerpunkte geben soll oder eine freie Wahl aus einer Liste von Schwerpunkten entsprechend der vorliegenden Probleme.

Das neue Umsetzungssystem soll einfach, wirtschaftlich, flexibel und auf alle Mitgliedstaaten anwendbar sein. Der ESF sollte nicht komplexer als vergleichbare nationale Förderprogramme sein. Wir bekommen immer wieder Rückmeldungen aus den Mitgliedstaaten, dass diese das bestehende System als zu kompliziert, bürokratisch und beschwerlich ansehen.

Auf dieser Grundlage könnten drei alternative Szenarien in Betracht gezogen werden, die ich jetzt nur anschnitten möchte:

1. Unter dem ersten Szenario würden die Auszahlungen durch den Gemeinschaftshaushalt auf der Grundlage von tatsächlichen Ausgaben der Projekte stattfinden. Dieses Szenario würde auch die Vereinfachungen enthalten, die wir bereits jetzt eingeführt haben.

2. In einem zweiten Szenario könnten die Auszahlungen auf der Grundlage von Outputs der Programme vorgenommen werden. Dies hat zur Folge, dass Zielwerte für die Outputs für die Programme festzulegen sind, wobei die EU-Auszahlungen auf die vereinbarten Outputs gestützt werden.

3. Das dritte Szenario verknüpft Elemente von Haushaltsunterstützung und ergebnisbasierter Verwaltung der Programme. Der Transfer an das Finanzministerium würde von den tatsächlich erreichten Zielen abhängen.

Nicht von ungefähr laufen derzeit ernsthafte Diskussionen über die Zukunft der Struktur- und Kohäsionsfonds. Kohäsionspolitik und Strukturfonds sind wesentliche Durchführungsmechanismen für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum in unseren Mitgliedstaaten und Regionen.

Der 5. Kohäsionsbericht und die begleitenden Politikvorschläge sind für November 2010 geplant. Darin werden die Eckpunkte der Kohäsionspolitik für die Zeit nach 2013 umrissen. Die Vorschläge der Kommission für die neuen Strukturfondsverordnungen "post-2013" werden voraussichtlich

vor dem Sommer 2011 vorgelegt. Aber bis dahin wird es mehrere wichtige Meilensteine geben.

Die Kommission hat letzten Monat einen Vorschlag für die Überprüfung der **Haushaltsordnung** angenommen. Dieser enthält schon Vorschläge zur Rationalisierung der Regeln für die geteilte Mittelverwaltung.

Im September wird dann die Kommission ihre **Haushaltsübersicht** vorlegen. Der EU-Haushalt sollte insgesamt eng an die von Europa2020 definierten Prioritäten gebunden sein. Und wir plädieren insbesondere für eine **vollständige Ausrichtung** des Europäischen Sozialfonds auf die beschäftigungs- und sozialpolitischen Ziele der Europa2020-Strategie.

Wir denken, dass der ESF weiterhin ein Investitionsfonds des menschlichen Kapitals sein sollte, der in den Mitgliedstaaten Arbeitskräfte und Bürger im Rahmen der drei Prioritäten und der Leitinitiativen der Europa2020-Strategie unterstützt.

Innerhalb solch eines Rahmens könnte der ESF konzentriert länderspezifische Bedürfnisse und Schwächen in den Bereichen Beschäftigung, sozialer Zusammenhalt, Aus- und Weiterbildung angehen. Gleichzeitig könnte er sich auf neue

Prioritäten konzentrieren, wie zum Beispiel "grüne" und "weiße" Arbeitsplätze, also Arbeitsplätze im Bereich Umweltschutz und Umwelttechnologie, sowie in den Bereichen Gesundheit und Soziales.

Vereinfachung bei der Umsetzung des ESF

Ein weiteres Thema ist – neben der Zukunftsorientierung - auch die Vereinfachung bei der Umsetzung von ESF–Programmen der laufenden Förderperiode. Nachdem der Europäische Rechnungshof über viele Jahre hin uns keine positive Zuverlässigkeitserklärung erteilen konnte, haben wir die Gründe analysiert und eine Reihe von Vereinfachungen bei der Abrechnung der Programme eingeführt.

Bisher galt durchgehend das so genannte Realkostenprinzip. Ein Antrag auf Kostenerstattung verlangt ein genaues Auflisten sämtlicher direkter und indirekter Kosten mit der Darstellung verwendeter Verteilungsschlüssel und deren Nachweise.

Weil in vielen Ländern, auch in Deutschland nationale Projekte häufig pauschal abgerechnet werden, fehlt oft die Praxis und Erfahrung mit Realkostenabrechnungen. Eigentlich müsste auch bei einer pauschalierten Finanzierung jeder Träger in der Lage sein, auf Grundlage eines soliden betrieblichen

Rechnungswesens festzustellen, ob diese Pauschale seine Kosten deckt oder nicht, aber gerade bei der Abrechnung im Bereich der indirekten Kosten, den so genannten Gemeinkosten gibt es erhebliche Fehlerquellen, da die genaue Ermittlung der Verteilungsschlüssel fehleranfällig ist. Für ihre eigenen direkt vergebenen Zuschüsse hat die Kommission mit Erfolg schon im Jahr 2000 die Pauschalierung der indirekten Kosten eingeführt. Diese Möglichkeit haben wir im Bereich der Strukturfonds nun auch den Mitgliedstaaten eingeräumt. Die indirekten Kosten können jetzt auch als ein Prozentsatz der direkten Kosten abgerechnet werden. Basierend auf den jeweiligen Erfahrungen aus der Vergangenheit ist der Prozentsatz festzulegen, wobei die Obergrenze bei 20% liegt. .Es gibt noch viele weitere Vereinfachungsmöglichkeiten, die Sie sicher bereits heftig diskutieren.

Ich hoffe, dass ich Ihnen einen guten Einblick in die Kernziele der 2020 Strategie geben konnte und denke, dass es jetzt an der Zeit ist, sich anzusehen, was dies ganz konkret für NRW bedeutet. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!